Der Kreisausschuss

Landkreis Gießen

HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss
Postfach 11 07 60
35352 Gießen

3. November 2025

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2026

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Kreisausschuss legt Ihnen heute den Entwurf der Haushaltssatzung 2026 vor, den er in seiner letzten Sitzung am 27. Oktober 2025 beraten und festgestellt hat.

Im Februar dieses Jahres haben Städte, Gemeinden und der Landkreis Gießen – gemeinsam als kommunale Familie – mit der Gießener Erklärung einen Hilferuf in Richtung Bund und Land geschickt. Gemeinsam haben wir darauf hingewiesen, dass es eine Finanzausstattung der Kommunen und Kreise braucht, die dem Umfang der uns gesetzlich übertragenen Aufgaben gerecht wird. Eine Finanzausstattung, die uns auch mittelfristig Sorgen abnimmt. Eine umfassende strukturelle Reform, die den hoch defizitären Sozialhaushalt entlastet. Eine Gesetzgebung, bei der das Prinzip der Konnexität bereits auf Bundesebene ansetzt.

Leider ist dieser Hilferuf bisher nicht in einer Form aufgenommen worden, die Entlastung bringen würde. Nein, nichts davon ist passiert, was uns den Haushalt 2026 rettet.

...2

Sie bekommen einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Ergebnishaushalt mit einem Minus von 14,99 Mio. EUR abschließt. Gegenüber dem von Ihnen verabschiedeten Haushalt 2025 bedeutet dies noch einmal eine Verschlechterung von rund 730.000 EUR.

Damit starten wir zum dritten Mal in Folge mit einer schweren Hypothek in ein neues Haushaltsjahr. Durch die negativen Vorjahresergebnisse wird es noch dramatischer, denn die in den guten Jahren aufgebaute Rücklage schmilzt wie Eis in der Sonne. Doch dazu später mehr.

Dieses Schaubild (Power-Point-Präsentation – kurz PPP, Seite 2) zeigt die Jahresergebnisse des Landkreises Gießen seit 2009. In dem Schaubild erkennen Sie die sechs Jahre mit einem negativen Ergebnis (rot, links) und danach neun Jahre mit einem positiven Ergebnis (grün). Das Jahr 2024 ist in Rot dargestellt mit einem Fehlbetrag von über 21 Mio. EUR, das Jahr 2025 (noch gestrichelt) wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von über 29 Mio. EUR abschließen.

Und dies setzt sich leider im nächsten Jahr auf dramatische Weise fort – dies nicht nur bei uns, sondern bei fast allen Landkreisen in Hessen. Die Ursachen sind überall gleich – es ist das strukturelle Problem der Aufgabenzuteilung und der nicht ausreichenden Finanzierung dafür.

Dieses Schaubild (PPP, Seite 3) zeigt Ihnen, wieviel von unseren allgemeinen Deckungsmitteln (Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage) nur für den Bereich Soziales und Kinder- und Jugendhilfe aufgebracht werden muss. Im Ansatz 2026 sind über 87 % der Mittel für diese Pflichtaufgaben gebunden.

...3

In unserer ersten Prognose war der Fehlbetrag noch deutlich höher. Die dann doch besser als erwarteten Zahlen in der ersten Trendberechnung zum Kommunalen Finanzausgleich führten zu einer Verbesserung um fast 5 Mio. EUR. (PPP, Seite 4)

Durch höhere Schlüsselzuweisungen und gestiegene Umlagegrundlagen verbessert sich der KFA zwar deutlich, reicht aber nicht aus. Wie bereits im Vorbericht zum Haushalt 2025 genannt, sieht der Ihnen vorliegende Entwurf wieder eine Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt vor. Da der Schulträgerhaushalt ausgeglichen sein muss, steigt auch die Schulumlage um 0,75 %-Punkte.

Insgesamt führt dies zwar zu einer Verbesserung von 24 Mio. EUR, aber durch eine erneute Erhöhung der Krankenhausumlage und die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband reduziert sich diese Verbesserung auf knapp 19 Mio. EUR, die aber durch steigende Kosten, überwiegend im Sozial- und Jugendbereich, komplett „aufgefressen“ wird.

Warum steigt die Schulumlage, obwohl wir doch in den vergangenen Jahren immer eine vermeintlich beruhigende Rücklage hatten? Dies können Sie aus dieser Tabelle (PPP, Seite 5) erkennen. Durch deutlich höhere Aufwendungen (z.B. stark gestiegene Schülerbeförderungskosten) wird die Rücklage in diesem Jahr komplett aufgebraucht; es verbleibt sogar eine Unterdeckung von 750.000 EUR. Diese Unterdeckung ist zwingend im darauffolgenden Jahr auszugleichen, was durch die Erhöhung der Schulumlage noch immer nicht komplett gelingt, aber durchaus im Rahmen einer Genehmigungsfähigkeit durch das Regierungspräsidium (RP) liegt.

Ich komme nun zur Gegenüberstellung unserer Erträge und unserer Aufwendungen.

...4

Auf dieser Folie (PPP, Seite 6) sehen Sie die Erträge:

Rund 43,5 % unserer Erträge (ca. 239 Mio. EUR) erhalten wir durch die Kreis- und Schulumlage, nicht mal mehr 18 % betragen die Schlüsselzuweisungen (ca. 97 Mio. EUR), 11,5 % sind Erträge aus Transferleistungen, 11 % sonstige Zuweisungen und Zuschüsse und rund 9 % sind Kostenersatzleistungen und -erstattungen.

Bei den Aufwendungen sieht es folgendermaßen aus (PPP; Seite 7):

45 % unserer Ausgaben (ca. 250 Mio. EUR) sind Transferaufwendungen. 15 % (ca. 83 Mio. EUR) zahlen wir für die Landeswohlfahrtsverband- und Krankenhausumlage. Die Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung steigen erneut stark an, wobei insbesondere die Bereiche der sozialen Leistungen sowie der Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betroffen sind. Die Unterdeckung im Bereich der sozialen Leistungen steigt im Jahr 2026 um fast 9 Mio. EUR auf rund 99 Mio. EUR an. Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigt die Unterdeckung im Jahr 2026 um 6 Mio. EUR auf rund 45 Mio. EUR.

Die Personalaufwendungen steigen um 5 Mio. EUR und der Anteil an den Gesamtaufwendungen liegt, wie im Vorjahr, bei 13 %.

Je ca. 11 % unserer Aufwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse sowie Sach- und Dienstleistungen.

Nach dieser ersten Übersicht komme ich zu den Besonderheiten des aktuellen Finanzplanungserlasses und dessen Auswirkungen auf unseren Haushalts- und Stellenplan 2026. (PPP, Seite 8)

- Rücklagen können zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes genutzt werden – dies gelingt uns nur zum Teil, die Rücklagen reichen nicht mehr aus.

...5

- Auch für 2026 dürfen globale Minderausgaben angesetzt werden. Dies tun wir aber nicht mehr in der maximalen Höhe, da wir in diesem Jahr gemerkt haben, dass sie gerade im Sozialhaushalt nicht erreicht werden können. 4,5 Mio. EUR haben wir angesetzt.
- Die Stundung der Hessenkasse ist unbürokratisch möglich und wir nutzen diese Möglichkeit.
- Bereits bestehende freiwillige Leistungen in Bezug auf Sport- und Vereinsförderung und das Ehrenamt werden nicht beanstandet.
- Der Aufwand, besonders der Personalaufwand, ist zu beschränken; es sind grundsätzlich keine neuen Stellen auszuweisen.

(PPP, Seite 9)

- Ein Haushaltssicherungskonzept ist aufzustellen.
- Die fristgerechte Aufstellung von Jahresabschlüssen wird eingefordert – die Aufstellung des JA 2024 ist am 29.09.2025 erfolgt.
- Überjährige Liquiditätskredite müssen abgebaut werden – dies haben wir im Blick.
- Ebenso wie die Vermeidung bzw. Reduzierung einer Nettoneuverschuldung.

(PPP, Seite 10)

Aus der Haushaltsgenehmigung 2025 gelten auch für den kommenden Haushalt weiterhin einige Einschränkungen:

- Ratenpause Hessenkasse,
- Deckelung der freiwilligen Leistungen,
- Prüfung der Möglichkeit zur Reduzierung des Personalaufwandes,
- kritische Betrachtung der Nettoneuverschuldung.

...6

(PPP, Seite 11)

- In Abstimmung mit dem RP kann bei Landkreisen auf ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) verzichtet werden,
- da wir aber den Ergebnis- und den Finanzhaushalt nicht ausgleichen können, wird erwartet, dass wir mögliche Konsolidierungspotentiale in einem HSK aufzeigen.

(PPP, Seite 12)

Meine Damen und Herren, wir haben folgende Maßnahmen in dem HSK vorgesehen:

- durch eine 6-monatige Stellenbesetzungssperre erwarten wir ein Einsparpotenzial von ca. einer halben Million EUR,
- wir werden eine bedarfsgerechte Ermittlung und Festsetzung der Kreisumlage berücksichtigen,
- die Eingrenzung der Nettoneuverschuldung durch das Heranziehen der freien Restmittel aus Ermächtigungsübertragungen haben wir mit 4 Mio. EUR vorgesehen,
- die regelmäßigen Budgetgespräche zwischen dem FD Finanzen und den Organisationseinheiten werden ausgebaut.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie uns nun noch einen Blick auf die Investitionen werfen. (PPP, Seite 13) Im kommenden Jahr planen wir mit einem Investitionsvolumen von rund 34 Millionen EUR zwar etwas weniger als in den Vorjahren, aber immer noch auf einem hohen Niveau.

(PPP, Seite 14)

Fast 75 % dieser Mittel fließen in unsere Schulen, dies sind ca. 26 Mio. EUR; hier ein paar Beispiele. (PPP, Seite 15-18)

...7

Knapp 13 %, dies sind 4,3 Mio. EUR, investieren wir in bessere Straßen (PPP, Seite 19-20). Hier zwei Beispiele: Die Ortsdurchfahrt Lich-Muschenheim und die K 31 zwischen Wieseck und Trohe.

Dafür nehmen wir erneut Kredite auf. Diese Übersicht (PPP, Seite 21) zeigt die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre. Fast könnte man meinen, wir haben die damaligen Kassenkredite durch langfristige Schulden ersetzt. In diesem Schaubild ist der Hessenkassenbeitrag veranschlagt, da wir dies zunächst tun müssen. Pausieren wir erneut, ginge die Kurve noch ein bisschen höher.

Was ich vorhin beim Haushaltssicherungskonzept angedeutet habe, sehen Sie hier (PPP, Seite 22). Um die Nettoneuverschuldung zu reduzieren, werden die freien Reste, die nicht in Aufträgen gebunden sind, zur Verwendung an anderer Stelle herangezogen. Dies ermöglicht die Kürzung von Ansätzen und daraus ergibt sich eine niedrigere Kreditaufnahme. Außerdem wurde in Erwartung einer Ausschüttung aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes ein Betrag von 3 Mio. EUR als Investitionskostenzuschuss eingeplant.

Schauen wir jetzt auf unser mittelfristiges Problem, die Entwicklung der Rücklage (PPP, Seite 23) und die Entwicklung der Liquidität. Betrachten wir zunächst den blauen Bereich, der sich aber aufgrund der aktuellen Entwicklung als nicht mehr haltbar gezeigt hat. Nach den ursprünglichen Planzahlen hätten wir zum Jahresende 2026 noch immer eine ausreichende Rücklage von über 17 Mio. EUR.

...8

Die Realität zeigt Ihnen aber die rote Seite. Das Rechnungsergebnis 2024 ist schlechter als geplant, so dass nur noch knapp 36 Mio. EUR Rücklagen in das Jahr 2025 mitgenommen werden konnten. Durch unsere negative Prognose zum Jahresende, die ich Ihnen am vergangenen Donnerstag im HFA vorgestellt habe, reduzieren sich die Rücklagen zum Jahresende 2025 um 29,5 Mio. EUR auf dann nur noch 6,5 Mio. EUR. Dies reicht dann nicht mehr für einen Ausgleich des Fehlbetrages in 2026.

Ähnlich sieht es bei der Liquidität aus (PPP, Seite 24). Auch hier sehen Sie im roten Bereich, durch die Zugrundelegung der aktuellen Prognosezahlen, nur noch eine geringe Liquidität zum Jahresende 2025. Nach vielen Jahren werden wir wieder Kassenkredite aufnehmen müssen, um unsere verpflichtenden Zahlungen leisten zu können. Dies geht einher mit zusätzlichen Zinsbelastungen und der fast schier unmöglichen Situation, diese bis zum Jahresende wieder abzubauen.

Und so bin ich am Ende meiner Präsentation bei dem gleichen Ergebnis wie im vergangenen Jahr. Wir haben keinen realistisch umzusetzenden eigenen Handlungsspielraum, um aus dieser Misere herauszukommen.

Es sind weiterhin die strukturellen Probleme in der Finanzierung der Kommunen, die diese Situation bewirken. Es ist vor allem die Finanzierung des Sozialbereiches, die fast allen Landkreisen das Genick bricht. Ich habe es vorhin schon einmal genannt: Wir haben im Bereich der sozialen Sicherung und der Kinder- und Jugendhilfe einen Fehlbetrag von fast 144 Mio. EUR. Unseren Städten und Gemeinden geht es mit der Finanzierung der Kindertagesbetreuung genauso. Jede Kommune im Landkreis Gießen verzeichnet in diesem Bereich zwischen 2 und 5 Mio. EUR Fehlbedarf.

...9

Die Politik oberhalb unserer kommunalen Familie, Städte, Gemeinden und Landkreise muss endlich aufwachen und eine grundlegende Reform der sozialen Finanzierung auf die Beine stellen. Wenn sich daran nicht schnell etwas ändert, sind fast alle Landkreise 2027 handlungsunfähig.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht allein um trockene kommunale Finanzen. Es geht darum, dass Kreise und Kommunen über einen Handlungsspielraum verfügen müssen, um die ihnen gesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung überhaupt ausüben zu können. Es geht dabei um Vertrauenswürdigkeit in die Kommunen als Teil unseres Rechtsstaates. Es geht um eine funktionierende Demokratie vor Ort und damit einhergehend auch die Teilhabe der Menschen. Gerade jetzt, in Zeiten zunehmender Unsicherheit, ist diese Vertrauenswürdigkeit wichtiger denn je.

Ich fasse im Ergebnis nochmal für Sie zusammen: Aufwendungen in Höhe von rund 562 Mio. EUR stehen nur Erträge in Höhe von 547 Mio. EUR gegenüber – ein Minus im ordentlichen Ergebnis von fast 15 Mio. EUR.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, (PPP, Seite 25)

am Ende meiner Ausführungen bedanke ich mich ganz herzlich beim Team des Fachdienstes Finanzen für die Aufstellung des Haushaltsplanes, stellvertretend Frau Weber und Herrn Graulich. Ich danke aber auch den Mitarbeitenden in den anderen Fachdiensten, die viele Zahlen geliefert und zusammengeführt haben. Mein Dank geht auch an den Hauptamtlichen Kreisausschuss und die Fachdienstleitungen, die in mehreren Runden teils schmerzhafte Einschnitte in ihren Produkten vertreten mussten, um Ihnen diesen Haushalt vorlegen zu können.

...10

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss wünsche ich uns allen eine konstruktive Beratung in den Ausschüssen und im Kreistag. Nehmen Sie es trotz der anstehenden Kommunalwahl weniger politisch, sondern betrachten Sie die Zahlen so, wie man Zahlen betrachtet – nüchtern und sachlich.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Gießen, den 03.11.2025

_____
Frank Ide
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Kämmerer